

Rudolf, Ernst

Article — Digitized Version

Wirtschaftswachstum und Einwanderungsfrage in Südafrika

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Rudolf, Ernst (1957) : Wirtschaftswachstum und Einwanderungsfrage in Südafrika, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 10, pp. 571-577

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132543>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

gestellt. Eine besondere Erwähnung von Eingeborenen oder Naturvölkern findet sich in einer offiziellen Erklärung des Treuhänderausschusses, in der ihnen Emanzipation versprochen wird. In der Praxis wurde jedoch der Komplex der Eingeborenenfragen an die Internationale Arbeitsorganisation abgeschoben. Schon der Mandatskommission des Völkerbundes war es klar geworden, daß mit dem Anstreben einer politischen Autonomie und Unabhängigkeit das Eingeborenenproblem nicht automatisch gelöst werden konnte. In manchen Mandatsgebieten sind sehr unterschiedliche Volks- oder Stammeseinheiten seßhaft, die sich auch in ihrem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Niveau stark unterscheiden. Diese Unterschiede dürften neben den politischen Rücksichten, die eine höchste internationale Organisation bei all ihren Entscheidungen nun einmal nehmen muß, dazu geführt haben, daß man die Eingeborenenfrage als Sondergebiet deklarierte und im Juli 1926 die Internationale Arbeitsorganisation bzw. das Internationale Arbeitsamt beauftragte, sich mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Eingeborenen in den Mandatsgebieten und in Südamerika zu befassen. Von 1926 bis 1936 wurden dort eingehende, aber nicht sehr sachverständige Studien durchgeführt.

Eine Internationale Arbeitskonferenz, die 1946 in Philadelphia tagte, beschloß getrennt eine Regelung der Eingeborenenfrage für die Mandats- und Kolonialgebiete und eine Regelung für die selbständigen Staaten auszuarbeiten. Eine Konvention für die Kolonialgebiete, die in der Hauptsache Sozial- und Arbeitsfragen behandelt, wurde 1947 auf einer Internationalen Arbeitskonferenz in Genf angenommen. Nachdem die 4. Konferenz der amerikanischen Mitglieder der IAO sich 1949 in Montevideo erneut für eine Konvention über die Eingeborenenprobleme in selbständigen Staaten ausgesprochen hatte, konnte sie auf der Internationalen Arbeitskonferenz 1957 zur Autorisierung vorgelegt werden. In ihr wird zum erstenmal versucht, alle Seiten des Eingeborenenproblems auf den Generalnenner einer einheitlichen internationalen

Lösung zu bringen. In dieser Konvention und in einer Empfehlung werden Schulerziehung, gesundheitliche Betreuung, Sondergerichtswesen für Eingeborene, Bodenreformen, Arbeitsvorschriften, Eigentumsrechte und das Sprachenproblem behandelt.

Die im Jahre 1947 in Genf angenommene Konvention, die sich mehr auf das eigentliche Arbeitsgebiet der IAO beschränkte, ist bisher nur von vier Staaten anerkannt worden. Die Konvention von 1957, die sich mit allen Fragen des Eingeborenenproblems befaßt, dürfte — wie ihre Gegner prophezeien — von noch weniger Ländern ratifiziert werden. Der von den Regierungsvertretern Englands, Kanadas und der USA erhobene Einwand, daß die IAO mit dieser Konvention ihre Kompetenzen überschreite, scheint zutreffend zu sein. Wenn demgegenüber die Sprecher des Internationalen Arbeitsamtes, die die Konvention ausgearbeitet haben, sich darauf berufen, daß die von ihnen aufgestellten Normen die Billigung der UNO, der FAO, der Unesco und der Weltgesundheitsorganisation gefunden hätten, so liegt die Frage nahe, warum die UNO nicht direkt die Verantwortung für eine so umfassende internationale Behandlung des Eingeborenenproblems übernommen hat.

Die Zukunft wird zeigen, wieviel Staaten bereit sind, ihre Eingeborenenpolitik der Kontrolle des IAA zu unterstellen. Die Frage, ob die Regelung des Eingeborenenproblems nicht besser national je nach den recht unterschiedlichen Verhältnissen erfolgen könne, bleibt offen. Sicher brauchen eine Reihe von jungen Staaten und Mandatsgebieten zweifellos recht erhebliche finanzielle Unterstützung und „technische Hilfe“, wenn sie die Eingeborenenstämme und ihre Gebiete in die moderne Wirtschaft eingliedern und kulturell heben wollen. Der Wert der Arbeiten, Empfehlungen und Konventionen der IAO und des Treuhänderausschusses der UNO dürfte aber zweifellos darin liegen, daß man sich dort, wo man sich mit der Eingliederung von Eingeborenengebieten befassen will, daran erinnert, daß im 20. Jahrhundert gewisse humane, kulturelle und soziale Regeln zu beachten sind.

Wirtschaftswachstum und Einwanderungsfrage in Südafrika

Dr. Ernst Rudolf, Hamburg

Man kann mit gutem Recht sagen, daß die Abhängigkeit der Weiterentwicklung der südafrikanischen Wirtschaft von Kapitalimporten mit zunehmender Industrialisierung allmählich geringer werden wird. Der Zustrom des zweiten wichtigen Produktionsfaktors, der qualifizierten Arbeit, wird dagegen immer notwendiger werden: Das Wachstum der südafrikanischen Wirtschaft kann nur dann im gegenwärtigen Tempo fortschreiten, wenn auf irgendeine Weise der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften behoben wird. Die gegenwärtige Einwanderungspolitik der Südafrikanischen Union trägt dieser Tatsache nicht Rechnung, sie hat im Gegenteil zu einer für alle Beteiligten unbefriedigenden Situation geführt. Die gegenwärtige

Politik wurde 1948 von der Regierung Malan festgelegt, also zu einem Zeitpunkt, an dem der Nachkriegsboom noch nicht als langfristiger Wachstumsprozeß erkannt worden war, und sie wurde auf Grund der Vorkriegserfahrungen konzipiert; sie nennt sich „selektive Einwanderungspolitik“, wir möchten sie aber eher als restriktiv, wenn nicht prohibitiv bezeichnen. In den letzten Jahren wird diese Frage in der Union wieder verstärkt diskutiert, eine Umstellung auf eine liberalere Politik wäre aber für die Regierung der Nationalen Partei eine so grundlegende Umwälzung, daß der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse wohl noch einige Jahre wirken müssen, ehe sie zustande kommt.

Immerhin zeigt die Abberufung der bis 1955 in Köln tätigen Werbekommission, die Europareise des Innenministers Dr. Dönges im gleichen Jahr und die darauf folgende Gründung eines Informationsbüros in Den Haag, daß die offiziellen Stellen der Union mit dem gegenwärtigen Zustand nicht zufrieden und auch wohl zu gewissen Neuerungen bereit sind, wenn auch offensichtlich Ratlosigkeit darüber herrscht, was getan werden könne.

Dr. Dönges hat seinerzeit von einem Mangel an Einwanderern gesprochen, was im Munde eines Ministers der Nationalen Partei neu ist. Er hat diesen Mangel mit dem wachsenden Wohlstand und der steigenden sozialen Sicherheit in den Hauptauswanderungsländern erklärt. Ebenso hat der Verkehrsminister Schoeman, der im Kabinett Malan Arbeitsminister war, auf seiner Europareise im September 1956 mit Bedauern festgestellt, daß der „Pionier- und Abenteurergeist in Europa auszusterben schein“. Beide Äußerungen gehen an der Tatsache vorüber, daß der Mangel an Einwanderern nicht so sehr in einem Rückgang der Auswanderungsfreudigkeit in Europa, sondern in den restriktiven Gesetzen der Union begründet ist.

DIE EINWANDERUNGSGESETZGEBUNG

Die restriktiven Gesetze der Union bestehen natürlich nicht von ungefähr, sie haben ihre gute Begründung in der Geschichte der Südafrikanischen Union; aber gerade diese Bindung an gewisse Traditionen erschwert eine Umstellung.

Südafrika ist nie das Ziel besonders großer Auswandererströme gewesen. Daran trägt z. T. das Klimaschuld, besonders aber wohl die Tatsache, daß die Union im Gegensatz zu den USA, Kanada, Australien und Neuseeland immer eine überwiegende Mehrheit von Farbigen behalten hat, mit der die weißen Siedler eigentlich bis in das 20. Jahrhundert hinein in dauerndem Kampf lagen. Einer der wichtigsten Gründe ist auch wohl der, daß die industrielle Entwicklung, während die Möglichkeit der freien Landnahme schon lange nicht mehr bestand, erst in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts einsetzte. Bergbau und Landwirtschaft waren bis zu diesem Zeitpunkt die beherrschenden Wirtschaftszweige, und beide waren auf die unqualifizierte Arbeit der Bantu aufgebaut, beide waren keineswegs auf nennenswerte Zuwanderung aus Europa angewiesen.

Die erste einheitliche gesetzliche Regelung der Einwanderung nach der Gründung der Union brachte das Einwanderergesetz von 1913 (Immigrants Regulation Act), das in revidierter Form noch heute in Kraft ist und durch die neueren Gesetze nur ergänzt wurde. Im ersten Weltkrieg versiegte der Einwandererzustrom fast ganz, so daß mit dem Gesetz keine Erfahrungen gemacht werden konnten. Die Nachkriegseinwanderungswelle wurde in der Union durch die schwere Wirtschaftskrise von 1921 abgestoppt, die für die Union im gleichen Zeitpunkt dasselbe leistete wie das Quotengesetz für die USA.

Ein Quotengesetz gab es in der Union erst seit Mai 1930. Dieses Gesetz, das offensichtlich nach amerikanischem Vorbild von der Regierung Hertzog eingeführt wurde, hatte hauptsächlich den Zweck, die starke Einwanderung aus ost- und südosteuropäischen Ländern zu beschränken, die sich nach dem Erlaß des amerikanischen Gesetzes nach Südafrika zu wenden begannen, als sich die wirtschaftlichen Verhältnisse dort besserten. In Südafrika wurden Quoten allerdings nur für diejenigen Länder eingeführt, die nicht auf der im Gesetz vorgesehenen Freiliste verzeichnet waren. Freie Einwanderung wurde durch diese Liste aus folgenden Ländern ermöglicht: Britisches Commonwealth und USA; Niederlande, Belgien und Frankreich; Deutschland, Österreich, und Schweiz; Skandinavien ohne Finnland; Italien, Spanien und Portugal. Dieses Gesetz hatte einen starken Rückgang der Einwandererzahlen zur Folge, der allerdings gleichzeitig durch die Weltwirtschaftskrise mit verursacht wurde. Die Südafrikanische Union erholte sich nach der großen Krise als eines der ersten Länder, und vom Tiefpunkt im Jahre 1933 ergab sich dann auch wieder ein Anstieg der Einwandererzahlen, der unter dem Eindruck der z. T. strukturellen („Poor Whites“) Arbeitslosigkeit in der Union zu einer Neuregelung der Einwanderung durch das noch heute gültige Fremden-Gesetz von 1937 (Wet op Vreemdelinge/Aliens Act) führte, das grundsätzlich jede Einwanderung von einer behördlichen Sondergenehmigung abhängig machte.

Wer nicht in einem der Commonwealthländer (oder der Republik Irland) geboren ist, darf nach diesem Gesetz die Union von Südafrika nur betreten, wenn er im Besitz eines zeitlich begrenzten Visums oder einer Daueraufenthaltsgenehmigung ist. Während das Besuchervisum verhältnismäßig leicht erhältlich ist (man muß allerdings die Rückpassage vorausbezahlen und nachweisen, von welchen Geldmitteln man in der Union leben kann, darüber hinaus auf Verlangen der Behörden eine recht beachtliche Summe als Sicherheit deponieren), muß jede Daueraufenthaltsgenehmigung von einem Einwanderer-Auswahlausschuß genehmigt werden, der seine Zustimmung nur erteilen darf, wenn er zur Ansicht kommt, daß der Beruf, den der Einwanderer in der Union ergreifen will, nicht übersetzt sei. Gültig wird die Genehmigung erst durch die Unterschrift des Innenministers, und verwaltet und überwacht wird sie durch den Kommissar für Einwanderung und Asiatenangelegenheiten¹⁾. Der Prozeß der Bearbeitung der Anträge auf Daueraufenthalt nimmt mehrere Monate, oft über ein halbes Jahr in Anspruch, was teils daran liegt, daß drei Behörden damit befaßt sind, teils daran, daß alle diese Behörden großen Mangel an Arbeitskräften haben.

Wesentlicher Hinderungsgrund für die Einwanderung überhaupt ist die Vorschrift, daß man vor der Antragstellung im Besitz eines Arbeitsvertrages sein muß. Diese Bedingung ist für den Auswanderungswilligen

¹⁾ Der durchschnittliche Staatsbürger der Union ist in der Regel empört, wenn er von einem Einwanderer erfahren muß, daß für dessen Angelegenheiten der Asiaten-Kommissar zuständig ist. Er selbst würde das für eine Beleidigung halten.

über 10 000 km Entfernung hinweg sehr schwer zu erfüllen. In Anbetracht der Tatsache, daß die Bearbeitung der Anträge so lange dauert, können überhaupt nur solche Firmen Einwanderer einstellen, bei denen eine Planung des Arbeitsbedarfs auf mindestens ein Jahr im voraus möglich ist. Schließlich hat diese Bestimmung noch einen weiteren Nachteil: sie verhilft gewissen Agenturen, die Scheinverträge vermitteln, zu einer zwielichtigen, gesetzlosen Existenz.

Ist der Einwanderer in der Union eingetroffen, so unterliegt er strengen Kontrollen, die zwar nicht allzuweit über das hinaus gehen, was er von Europa gewohnt ist, die ihn aber wesentlich mehr belasten als den Staatsbürger der Union. Besonders wichtig unter diesen Beschränkungen sind für ihn die Beschränkung der Freiheit der Berufswahl und der Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes. Innerhalb einer Frist von mehreren Jahren darf er nur den Beruf ausüben, den er in seinen Anträgen genannt hat, widrigenfalls macht er nicht nur sich selbst, sondern auch seinen Arbeitgeber strafbar. Die Genehmigungspflicht für den Wechsel des Arbeitsplatzes ist ein ganz besonderes Hindernis für den Einwanderer. Erst wenn er sich mehrere Monate in der Union aufgehalten hat, kann er seine Chancen dort richtig beurteilen und kann feststellen, welcher Lohn für ihn erzielbar ist.

Immerhin, auch die Genehmigungen zum Wechsel des Arbeitsplatzes und des Berufes sind zu erhalten, und häufiger Wechsel des Arbeitsplatzes gilt in der Union als ein Zeichen von Strebsamkeit und besonderer Initiative.

DIE EINWANDERUNGSPOLITIK VON SMUTS

General Hertzog, der für das Quotengesetz und das Fremdenengesetz verantwortlich war, mußte 1939 im Zusammenhang mit der Frage des Kriegseintritts der Union abtreten. Nach Kriegsende entwickelte die Regierung Smuts eine völlig neue Politik, die eine wesentliche Verstärkung der Einwanderung vorsah. In Voraussicht der Industrieentwicklung und der Möglichkeiten der Ausweitung des Bergbaus, wegen der akuten Arbeiterknappheit und wohl auch, um das weiße Element in der Union zu stärken, führte Smuts

(ohne Änderung der gesetzlichen Grundlage) ein Unterstützungsprogramm ein: Für das Jahr 1947/48 wurden z. B. 33 000 Pfund für Darlehen an Einwanderer aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt. Mehrere Truppentransporter der Union Castle Line wurden gechartert, um die Passagekosten herabzudrücken, die Behörden wurden angewiesen, die Einwanderung in jeder Weise zu erleichtern. Smuts wollte zwischen 1946 und 1956 etwa 400 000 bis 500 000 Einwanderer ins Land holen, was natürlich von vornherein nur durch Aufgabe der selektiven Prinzipien möglich schien.

Diese Politik traf auf heftige Kritik aus dem nationalen Lager und war tatsächlich schweren Belastungen ausgesetzt, als in Johannesburg eine unglaubliche Wohnungsnot entstand, die teilweise menschenunwürdige Verhältnisse für Einwandererfamilien zur Folge hatte, und als die Kriminalstatistik gewisse Zusammenhänge zwischen dem Anstieg des Verbrecherwesens am Witwatersrand und der Einwanderung aufdeckte. Darüber hinaus wurde aber der Verdacht ausgesprochen, die Regierung versuche mit Hilfe der Einwanderungspolitik (es kamen hauptsächlich Engländer) das Verhältnis der beiden Staatsprachen²⁾ in der Union zu verschieben und auch Stimmen für die Vereinigte Partei zu gewinnen. Die liberale Einwanderungspolitik von General Smuts war dann auch nicht von langer Dauer. Am 2. 5. 1947 war die „Carnarvon Castle“ mit dem ersten Einwanderertransport in Kapstadt angekommen, bis zum 5. 3. 1948 waren insgesamt 16 Schiffsankünfte erfolgt. Am 26. 5. 1948 kam auf Grund des Wahlsieges der Nationalen Partei die Regierung Malan an die Macht, und eine ihrer ersten Amtshandlungen war die Kündigung des Transportvertrages mit der Union Castle Line.

DIE POLITIK DER NATIONALEN PARTEI

Die weiteren Maßnahmen betrafen zunächst die Aufhebung aller Förderungsprogramme. Die Einwanderungspolitik der Nationalen Partei ist eigentlich nicht als restriktiv geplant, sondern man will eben nur keine besondere Förderung betreiben. Die zweite wichtige Gruppe von Maßnahmen betraf die Gleichstellung oder wenigstens die Annäherung der Rechts-

²⁾ 1956: Afrikaans 56,9 %, Englisch 39,5 % der weißen Bevölkerung. Die größten Fremdsprachengruppen waren: Deutsch rd. 20 000 Personen, Holländisch rd. 11 000 und Jiddisch rd. 10 000 Personen.

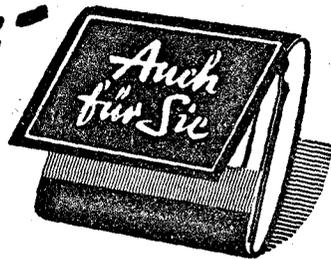


Unsere Bank steht seit 1870 im Dienste der deutschen Wirtschaft. Wir betreiben alle Zweige des Bankgeschäfts und gewährleisten durch unsere weitreichende Organisation schnelle Bedienung und gewissenhafte Beratung. Im Ausland unterhalten wir eigene Vertretungen in Amsterdam, Beirut, Madrid, Rio de Janeiro und Windhoek.

COMMERZ- UND DISCONTO-BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltung Hamburg · 60 Geschäftsstellen in Norddeutschland

*Eine zündende
Idee -*



Zündholzbriefchen

- mit Ihrem Werbeaufdruck
- in vielen geschmackvollen Ausstattungen
- in verschiedenen Größen

Deutsche Zündwaren Monopolgesellschaft

FRANKFURT (MAIN) · NEUE KRÄME 26 · FERNRUF 9 42 70
VERKAUFSABTEILUNGEN IN
Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, München

lage der britischen Einwanderer an die der übrigen Volksgruppen. Die Briten brauchten bisher nur dem Gesetz von 1913 zu genügen; sie waren nicht wie die übrigen Einwanderer der Prüfung durch den Einwanderer-Auswahlausschuß auf Grund des Gesetzes von 1937 unterworfen. Das wurde jetzt anders. Der Schlüssel zu dieser Politik war die Angleichung der Naturalisierungsgesetze.³⁾ Für alle Einwanderer wurden schärfere Gesundheitskontrollen und strengere Prüfung der fachlichen Qualifikation vorgeschrieben. Im ganzen kehrte man also zur Politik der Vorkriegszeit zurück. Die Zahl der Einwanderer betrug schon 1949 nicht mehr die Hälfte der Vorjahreszahl und stabilisierte sich in den folgenden Jahren auf einem Niveau zwischen 12 000 und 18 000 Personen jährlich, das etwa beim Doppelten der letzten Vorkriegsjahre liegt. Die Zusammensetzung dieser sorgfältig ausgewählten Einwanderer ist so, daß über die Hälfte ihrer Anzahl von den vier größten Gruppen gestellt wird: Briten (jeweils etwa ein Viertel der Gesamteinwanderung), Holländer, Deutsche und Italiener. 1956 mußten die Deutschen allerdings den dritten Platz zum ersten Mal an die Italiener abgeben. Die Zahl der deutschen Einwanderer ist seit 1953 — wie die der Holländer seit 1954 — Jahr für Jahr gefallen, während die Zahl der italienischen Einwanderer seit 1953 in raschem Anstieg begriffen ist.

³⁾ Die Naturalisierungsperiode wurde für Briten von 3 auf 5 Jahre heraufgesetzt, für die übrigen Einwanderer von 6 auf 5 Jahre herabgesetzt.

Wenn auch bisher die Zahl der Einwanderer nicht mehr unter 10 000 gefallen ist, so könnte man doch aus dem Zahlenmaterial seit 1952 einen fallenden Trend herauslesen. Wichtiger noch aber ist die Tatsache, daß die Auswanderung aus der Union nach dem Kriege alle Zahlen der Vorkriegszeit übertrifft. Die Jahre 1950 und 1951 sahen eine Auswanderungswelle, die verursachte, daß in diesen beiden Jahren die Union überhaupt keinen Wanderungsgewinn hatte, 1950 sogar einen Wanderungsverlust von fast 2000 Menschen aufwies. Diese hohen Auswanderungszahlen wurden zwar bisher nicht wieder erreicht, aber seit 1952 ist die Auswanderung in ununterbrochenem Anstieg begriffen⁴⁾, so daß man erwarten kann, daß die Union, wenn sich auch dieser Trend fortsetzen sollte, schon von 1957 oder 1958 an keinen Bevölkerungszuwachs durch die Wanderungsbewegungen mehr erhalten wird. Der Wanderungsüberschuß lag im Durchschnitt der letzten fünf Jahre sowieso nicht viel höher als im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre und macht heute wie damals nur einen geringen Prozentsatz des natürlichen Bevölkerungswachstums⁵⁾ der Union aus.

Die Auswanderungswelle von 1950/51 wird manchmal mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Nationale Partei in Verbindung gebracht. Manche britischen Südafrikaner sollen das Land aus diesem Grunde verlassen haben; der eigentliche Grund scheint uns aber mehr die große Anziehungskraft der Zentralafrikanischen Föderation zu sein, was allein schon daraus hervorgeht, daß auch viele Afrikaans sprechende Südafrikaner sich diesem neuen „Treck“ angeschlossen haben.

Der Einwanderungsüberschuß 1925—1956

Jahr	Einwanderung	Auswanderung	Einwanderungsüberschuß
1925	5 428	4 483	945
1926	6 575	3 799	2 776
1927	6 598	3 988	2 610
1928	7 050	4 127	2 923
1929	7 895	3 597	4 298
1930	5 904	4 623	1 281
1931	4 140	2 697	1 443
1932	3 098	2 339	759
1933	3 031	1 829	1 202
1934	4 702	1 767	2 935
1935	6 500	1 865	4 635
1936	10 840	2 716	8 124
1937	7 927	3 716	4 211
1938	7 435	4 022	3 413
1943	896	2 153	-1 257
1944	953	2 441	-1 488
1945	2 329	4 818	-2 489
1946	11 256	9 045	2 211
1947	28 839	7 917	20 922
1948	35 631	7 534	28 097
1949	14 780	9 206	5 574
1950	12 803	14 644	-1 841
1951	15 243	15 382	- 139
1952	18 473	9 775	8 698
1953	16 257	10 220	6 037
1954	16 416	11 336	5 080
1955	16 013	12 516	3 497
1956	14 919	12 885	2 034

Wenn man aus der vorstehenden Übersicht das Fazit zieht, kann man sagen, daß die restriktive Einwanderungspolitik der Union zur Folge hat, daß eine

⁴⁾ Dabei muß man noch berücksichtigen, daß die Auswandererstatistik wahrscheinlich ungenauer, nämlich unvollständiger ist als die Einwandererstatistik, da sie nur auf den Angaben der Ausreisenden beruht, während die Einwandererstatistik wohl ziemlich zuverlässig jeden erfaßt, der Daueraufenthaltsurlaubnis erhält.

⁵⁾ Der Geburtenüberschuß betrug im Durchschnitt der Jahre 1927/34 rd. 28 000 Personen jährlich, 1947/53 rd. 44 000.

kurzfristige Vergrößerung der weißen Bevölkerung der Union durch Einwanderung nicht möglich erscheint und daß auch bei einer eventuellen Lockerung der jetzigen Bestimmungen nicht mit einer umwälzenden Änderung der Lage gerechnet werden kann.

Diese vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen außerordentlich bedauerliche Tatsache läßt uns die Frage stellen: Warum betreibt die Regierung Strijdom ebenso wie vor ihr die Regierung Malan diese sogenannte selektive, in Wirklichkeit aber restriktive Einwanderungspolitik?

ARGUMENTE GEGEN DIE EINWANDERUNG

Die offizielle Begründung der südafrikanischen Einwanderungspolitik lautet etwa folgendermaßen: „Da die Weißen der farbigen Bevölkerung ein Beispiel geben müssen, ist es notwendig, daß die Regierung nur ausgewählte Einwanderer zuläßt, von denen man sicher sein kann, daß ihre Anwesenheit ein Gewinn für das Land sein wird. Darüber hinaus müssen die Interessen der farbigen Bevölkerung geschützt werden, für die ungelernete und halbqualifizierte Arbeiter in der Industrie die einzige Aufstiegsmöglichkeit darstellen. Aus beiden Gründen dürfen nur Facharbeiter aus Europa einwandern.“

Spricht man mit dem Mann auf der Straße, so kann man diese Argumente um einige ergänzen. Die Südafrikaner denken so: Die wichtigste Tatsache für ihr Leben und ihr Schicksal als Volk sei, daß sie einer Mehrheit von Farbigen im Verhältnis 1:4 gegenüberstehen. Dieses Verhältnis könne man zwar durch Einwanderung zugunsten der Weißen verschieben, und deshalb begrüßt man jeden, der gekommen ist, um ehrlich am weiteren Aufbau des Landes zur Erhaltung der weißen Zivilisation mitzuarbeiten. Eine quantitative Vermehrung habe aber nur dann einen Sinn, wenn der Zweck der Maßnahme, eben die Erhaltung der weißen Zivilisation, erreicht werde. Unter den südafrikanischen Voraussetzungen sei das aber nur im Rahmen der getrennten Entwicklung (Apartheid) von Schwarz und Weiß möglich. Deshalb dürfe man auf keinen Fall dulden, daß in Südafrika ein weißes Lumpenproletariat entstehe. Eine solche Schicht deklassierter Menschen untergrabe die Autorität des weißen Mannes und mache, da diese Einwanderer in den unteren Berufsschichten nicht mit der Entlohnung der farbigen Arbeiter konkurrieren können, kostspielige soziale Maßnahmen notwendig.

Das Problem der sogenannten „armen Weißen“ spielt natürlich in der Einwandererdiskussion eine große

Rolle. Man erinnert sich nur zu gut, wie im Zuge des Bevölkerungswachstums und der Modernisierung der Landwirtschaft vor 30 bis 40 Jahren eine ländliche Überschubbevölkerung entstand, die zunehmend verarmte und für die Union, die noch keine ausgebauten Sozialgesetzgebung hatte, schwierigste Probleme aufwarf. Diese Probleme sind zwar heute gelöst: die Söhne und Töchter der „armen Weißen“ haben in der Industrie als Facharbeiter gute Posten gefunden, die letzten Alten von der Generation der „armen Weißen“ sieht man heute nurmehr als Gärtner in öffentlichen Anlagen und als Papieraufsammler und Nachtwächter in Regierungsgebäuden; aber die Furcht vor einer neuen derartigen strukturellen Arbeitslosigkeit, die bei jeder kleinen Wirtschaftskrise eine Katastrophe heraufbeschwören kann, sitzt den Südafrikanern seit der Weltwirtschaftskrise in den Knochen.

Aus sozialpolitischen Gründen kann man also nicht mehr Einwanderer aufnehmen, als die Wirtschaft reibungslos absorbieren kann. Die Einflußnahme der Gewerkschaften — die zwar in der Union nicht eine so bedeutende Rolle spielen wie in Australien — wirkt darauf hin, daß die Schätzungen darüber, wieviel Einwanderer die Wirtschaft „reibungslos absorbieren“ kann, sehr vorsichtig angestellt werden.

In Südafrika gibt es aber noch einen Faktor, der gegen eine stärkere Einwanderung wirkt: die ausgesprochene „Fremdenfeindlichkeit“ gewisser Kreise der Afrikaans sprechenden Südafrikaner. Diese Afrikaner, Nachkommen der Buren, hegen aus guten historischen Gründen eine Abneigung gegen Ausländer, die nach der Union kommen, um „schnell Geld zu machen“ und dann wieder in ihre überseeische Heimat zurückzukehren. Unauslöschlich ist in ihrem Bewußtsein als Volk eingeprägt, wie die Burenrepubliken an dem Problem Uitlanders zugrunde gegangen sind.

Heute stehen die südafrikanischen Politiker nun vor der Aufgabe, aus dem englischen und afrikaansen Element unter Assimilierung der vielen sonstigen Volksgruppen eine einheitliche Nation zu schaffen. Man will sich einfach nicht mit dem Gedanken abfinden, Südafrika sei ein „Vielvölkerstaat“. Neben der Auseinandersetzung zwischen der englischen und der afrikaansen Sprache will man nicht noch verstärkte Minderheitsprobleme mit holländischen, deutschen, italienischen, portugiesischen und griechischen Sprachgruppen haben. Die Folgerung aus alledem ist, daß man nur so viel Einwanderer zulassen kann, als sprachlich reibungslos assimiliert werden können.



Hanseatischer Afrika Dienst

Gemeinschaftsdienst der Reedereien

H. M. GEHRCKENS HAMBURG

FRANZ L. NIMTZ HAMBURG

Regelmäßige Fracht- und Passage-Gelegenheit

VON HAMBURG / BREMEN NACH WESTAFRIKA

Rassenpolitische, sozialpolitische und nationalpolitische Gründe haben dazu geführt, daß in einer Zeit ungekannten wirtschaftlichen Aufschwungs das Arbeitskraftpotential der Union nur spärlichen Zugang aus Europa erhielt und infolgedessen seit mindestens 1950 von einer ausgesprochenen akuten Arbeiterknappheit in der Union gesprochen werden muß.

Der Arbeitermangel wird natürlich dort zuerst spürbar, wo am schlechtesten bezahlt wird, das ist in der Union der Staatsdienst. Besonderen Arbeitermangel weisen deshalb die Südafrikanischen Eisenbahnen (SAS/SAR) auf, die sich aus diesem und anderen Gründen zu einem Engpaß ersten Ranges für die gesamte Wirtschaft entwickelt haben.

Wie andere Behörden schon seit jeher, betreiben die SAS/SAR seit 1925 die sogenannte „zivilisierte Arbeitspolitik“, die darin besteht, daß man ohne Rücksicht auf Verluste soviel wie irgend möglich nur weiße Arbeitskräfte beschäftigt, auch wenn die Löhne für Weiße wesentlich höher sind als für ihre farbigen Konkurrenten. Diese Politik wurde seinerzeit als eine der Maßnahmen zur Lösung des Problems der „armen Weißen“ eingeführt, später zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise fortgesetzt und schließlich aus den verschiedensten Gründen beibehalten.

Folgerichtig hat man, als der Mangel an Arbeitskräften immer dringender Abhilfe verlangte, eine Werbekommission nach Europa geschickt, die sich in Köln niederließ und als ein erster Versuch der Union gedeutet werden kann, von der restriktiv-selektiven zu einer aktiven, aber natürlich weiterhin selektiven Einwanderungspolitik überzugehen. Wie bekannt ist, endete die Tätigkeit der Kommission mit einem völligen Mißerfolg. Sie wurde Anfang 1955 zurückberufen, weil die Zahl der Geworbenen den Aufwand nicht rechtfertigte.

DIE EINGEBORENENARBEIT

In Anbetracht dieser Mißerfolge muß natürlich die Möglichkeit neu diskutiert werden, die für eine Behebung des Arbeitsengpasses in der Heranziehung eines qualifizierten Arbeiterstammes unter den Farbigen gegeben ist. Dazu ist zunächst zu sagen, daß die sogenannten „Kapmischlinge“ bereits heute als ausgezeichnete Facharbeiter anerkannt und beliebt sind und daß unter den Asiaten, die in der Union ansässig sind (hauptsächlich Inder), keineswegs Arbeitslosigkeit herrscht. Außerdem ist die Menschenzahl dieser beiden Gruppen (der Farbigen im engeren Sinn) zu klein, als daß man dort die Lösung des Problems suchen könnte.⁹⁾

Als „Reservearmee“ kommen also nur die etwa 10 Mill. Bantu in Betracht. Ihrer Verwendung in qualifizierten Berufen stehen aber eine Reihe von Hindernissen entgegen: Da ist zuerst einmal die alte Tradition, die teils aus Konkurrenzgründen, teils mit der Begründung rassischer Selbsterhaltung die Ausbildung eines Bantu zu qualifizierter Arbeit als „uneuro-

⁹⁾ Nach der Volkszählung von 1951 umfaßt die Gruppe der „Kapmischlinge“ rd. 1,1 Mill. Personen, die Gruppe der Asiaten rd. 370 000.

päisches Verhalten“ brandmarkt und die schon seit je durch ihre traditionelle Arbeitsteilung nach „Kaffern“-Arbeiten und qualifizierten Arbeiten eine rationelle Arbeitsteilung verhindert hat. Da ist aber zweitens die unglaubliche Rückständigkeit und Primitivität der Bantu selbst. Zum großen Teil leben sie in den Eingeborenengebieten auch heute noch wie vor tausend Jahren in ihrer Stammestradition.

Der Übergang dieser Menschen in die europäische Zivilisation bedarf eines Energieaufwandes, den nur einzelne von sich aus aufbringen. Nur bei intensiver Hilfestellung durch den Europäer kann die Erziehung der Bantu in großem Ausmaß vorankommen. Diese Hilfestellung kann aber von der mit dem Industrieaufbau vollbeschäftigten weißen Bevölkerung nicht aufgebracht werden. Man muß auch die wirtschaftliche Seite der Frage sehen: jeder Weiße müßte die Ausbildungskosten für beinahe vier Bantu tragen; das ist mehr, als ein Pionierland wie Südafrika leisten kann. Die Regierung der Nationalen Partei hat in ihrem Programm zur getrennten Entwicklung von Schwarz und Weiß (Apartheid) zum ersten Mal eine aktive Politik auf diesem Gebiet eingeleitet. Das Programm der Apartheid widerspricht zwar allen humanitären und liberalen Idealen, aber seine Wirkung kann doch eine Verbesserung des Lebensstandards der Bantu sein. Für den Arbeitsengpaß der Industrie wird sich allerdings eher noch eine Verringerung der Möglichkeit, schwarze qualifizierte Arbeiter heranzuziehen, ergeben, denn es ist das Prinzip der Apartheid, die Elite der Bantuarbeiter und ihre Intelligenzschicht auf ihre eigenen Aufgaben, besonders in den Eingeborenengebieten, hinzulenken. Statt Intelligenz und Energie aus den Eingeborenengebieten abzuschöpfen, will man sie nun gerade dort investieren, um in diesen „unterentwickelten Gebieten“ der Union einen Wachstumsprozeß in Gang zu bringen. Das bedeutet aber, daß für die „europäische“ Industrie in den nächsten Jahren eher weniger als mehr qualifizierte Bantuarbeiter zur Verfügung stehen werden. Immerhin wird das Streben der Bantu nach besserem Lebensstandard auf lange Sicht einige Wirkungen haben, und unter dem Druck des Arbeitermangels werden sich doch wohl einige Chancen in der Industrie für sie ergeben.

UM EINE NEUE EINWANDERUNGSPOLITIK

Es wird nicht verwundern, daß auf Grund der geschilderten Lage die Diskussion um die Einwanderungspolitik aufs neue in Gang gekommen ist, daß unter den Afrikanern mehr und mehr Stimmen laut werden, die eine verstärkte Einwanderung fordern, und daß auch die Nationale Partei sich allmählich zu einer Abkehr von ihrer Tradition in dieser Frage zu entschließen scheint. Wirklich neue Maßnahmen sind allerdings bisher nicht eingeleitet worden. Man kann wohl schon jetzt voraussagen, daß dem Informationsbüro in Den Haag nicht viel mehr Erfolg beschieden sein wird als der Kommission in Köln.

Arbeit gibt es in der Union in Hülle und Fülle. Wenn auch die klassischen Einwanderer-„Jobs“ der USA (etwa Tellerwäscher) in der Union ausschließlich den Farbigen vorbehalten sind, so kann doch heute kein

Einwanderer in Südafrika mehr „unter die Räder kommen“, selbst nicht in dem sprichwörtlich existenzzermürbenden Johannesburg. Die industrielle Revolution sorgt dafür, daß überall neue Arbeitsplätze entstehen und nach Arbeitskräften verlangen. Südafrika nimmt ohne Zweifel seine Menschen wesentlich stärker in Anspruch als Europa. Nicht etwa, daß dort mehr gearbeitet würde oder mit mehr „amerikanischem“ Tempo — das würde das Klima nicht zulassen —, die Beanspruchung der Menschen ergibt sich daraus, wie ein Beobachter des südafrikanischen Arbeitsmarktes dem Verfasser übertrieben, aber treffend sagte, daß jeder auf einen Posten gestellt wird, der eine Stufe höher ist, als seinen Qualifikationen entspricht. Die Folge der Überbeanspruchung der Menschen in Südafrika ist, daß der Besucher aus Europa feststellt, daß so viel „nicht klappt“, daß so viele Provisorien bestehen bleiben und daß so viel experimentiert wird. Südafrika ist eben immer noch ein Pionierland in vollem Aufschwung.

Wenn man diese wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung aber nicht unter dem Eindruck (wirtschaftspolitisch nicht haltbarer) Argumente rassenpolitischer, sozialpolitischer und nationalpolitischer Natur tatenlos in einem allgemeinen Arbeitermangel ersticken lassen will, dann wird man ernsthaft eine neue Konzeption der Einwanderungspolitik erarbeiten müssen. Es kann nicht die Aufgabe dieser Darstellung sein, Vorschläge zu machen, aber einige erfolgversprechende Maßnahmen liegen ziemlich offen auf der Hand.

Um gegenüber den USA, Kanada und Australien, die eine aktive Einwanderungspolitik betreiben, Vorteile zu gewinnen, müßte hauptsächlich der bürokratische Prozeß der Einwandererzulassung vereinfacht und verkürzt werden. Man braucht keineswegs zuzugestehen,

daß ungelernete Arbeiter ins Land hereinkommen (völlig ungelernete Arbeiter gibt es übrigens in Europa, mindestens aber in Deutschland, eigentlich gar nicht), aber für gelernte Kräfte in Mangelberufen sollte man die Zulassung nicht vom Vorhandensein eines Arbeitsvertrages abhängig machen. Im Gegenteil sollte man etwa nach dem Vorbild der 1820-Settlers Association ⁷⁾, eine (vielleicht staatliche?) Institution schaffen, die Einwanderer betreut und im Versicherungswege ihre Rückreise garantiert, wenn in angemessener Zeit keine Arbeit für sie gefunden werden kann. Es sollte mindestens diskutiert werden, ob man nicht Haushaltsmittel für Darlehen an Einwanderer einsetzen könnte. Besonders aber müßten die diskriminierenden Bestimmungen für die Einwanderer aufgehoben werden. Nach der Einführung des allgemeinen Paßzwanges in der Union dürfte auf dem Gebiet des Ordnungswesens sowieso keine Sonderregelung für Einwanderer mehr nötig sein. Die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes sollte als demokratisches Grundrecht auch dem Einwanderer gewährt werden, und die Freiheit der Wahl des Berufes brauchte nur insoweit eingeschränkt zu werden, als die auf einer Sperrliste verzeichneten Berufe nicht ergriffen werden dürfen.

Bei der Beurteilung der südafrikanischen Einwanderungspolitik sind hier lediglich wirtschaftspolitische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Und da ergibt sich, daß Südafrika mehr qualifizierte Einwanderer braucht, wenn seine Entwicklung, die Prof. Hesse als das „Wirtschaftswunder Südafrika“ bezeichnet hat, nicht in einem fatalen Arbeitsengpaß stecken bleiben soll.

⁷⁾ Diese private Gesellschaft hat 1955 insgesamt 1 362 von den 16 013 Einwanderern betreut. Seit ihrer Gründung im Jahre 1920 hat sie mehr als 35 000 ausgewählte (britische) Einwanderer in die Union gebracht.

Strukturwandlungen in der argentinischen Landwirtschaft

F. O. Ehlert, Buenos Aires

Die Wirtschaftskrise, unter der Argentinien in den letzten Jahren in zunehmendem Maße leidet, ist die Folge einer bereits unter Perón eingeleiteten Wirtschaftspolitik, die durch eine forcierte, unorganische Industrialisierung und eine Vernachlässigung der Landwirtschaft gekennzeichnet ist. Während in den meisten Ländern der Welt, selbst in den USA, heute Ackerbau und Viehzucht von den übrigen Wirtschaftszweigen, in erster Linie von der Industrie, subventioniert werden müssen, hat sich Argentinien den Luxus geleistet, den umgekehrten Weg zu gehen, ohne rechtzeitig genug zu erkennen, daß es im Begriff war, die Henne mit den goldenen Eiern zu schlachten. Perón hat erst in seinem zweiten Fünfjahresplan versucht, wieder zu einer normalen Linie zurückzukehren und der Landwirtschaft die Förderung zukommen zu lassen, die ihrer wirklichen Bedeutung entspricht. Die Revolutionsregierung unter General Aramburu, die sich infolge starker innerpolitischer Schwierigkeiten noch zu keiner einheitlichen wirtschaftspolitischen Linie durchrin-

gen konnte, hat einen weiteren Schritt auf diesem Wege getan. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes blieb jedoch weiter rückläufig. Das Devisenaufkommen, das nach wie vor zu 95 % aus Exporterlösen von Ackerbau und Viehzucht stammt, reicht nicht einmal aus, um den gegenwärtigen Einfuhrbedarf, geschweige denn den zusätzlichen Investitionsbedarf, der für eine Normalisierung und einen weiteren Ausbau der Wirtschaft (Beseitigung der Engpässe auf dem Energie- und Transportsektor) erforderlich ist, zu decken. Das entscheidende Problem ist nach wie vor die Steigerung der Ausfuhren, um das Devisenaufkommen zu erhöhen. Und das läßt sich nur durch eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion erreichen.

STRUKTURELLE WIRTSCHAFTSKRISE

Die argentinische Wirtschaftskrise läßt sich am besten an der Entwicklung des Volkseinkommens erkennen, obgleich dafür zuverlässige Schätzungen nur bis 1954 vorliegen.